

dere meiner Argumentation bezüglich der Wettbewerbssituation, der Sozialprogrammatik und der Altlasten nicht folgen oder zustimmen.

Ich muß das Hohe Haus aber darauf aufmerksam machen, daß das vorgesehene Vertragswerk im direkten Widerspruch zu gültigen, von der Volkskammer neu verabschiedeten Gesetzen steht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der PDS)

Ich wies am Freitag schon darauf hin, daß die beabsichtigte Mehrheitsbeteiligung auf der unteren Netzebene, das betrifft den § 2 des Vertrages, im Widerspruch zum Treuhandgesetz und zur Kommunalverfassung steht. Dieses Problem verlangt mit Sicherheit eine eingehende parlamentarische Behandlung, da es ja auch im Zusammenhang mit dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Kommunalisierungsgesetz gesehen werden muß. Und ich glaube, daß auch die große Fraktion dieses Hauses nicht am geltenden Recht vorbeargumentieren kann.

Der Vertragstext und die Vertragsinhalte sind so schwerwiegend, daß nach unserer Meinung den Fraktionen noch Gelegenheit gegeben werden muß, sich damit vertraut zu machen.

Die vorgetragenen Gründe für eine unbedingt notwendige Vertragsunterzeichnung zum 1.7. 1990 sind für uns nicht stichhaltig nachvollziehbar. Wir glauben nicht, daß eine Unterzeichnung meinestwegen 14 Tage später wesentlich andere Rahmenbedingungen setzt.

Die SPD-Fraktion betont, daß sie nicht gegen eine Beteiligung und nicht gegen einen Vertragsabschluß mit den drei Energieversorgungsunternehmen ist. Sie verlangt aber auf Grund der gegebenen gesetzlichen Regelungen eine Weiterverhandlung über die Modifizierung des § 2, die untere Netzebene betreffend, vielleicht in der Art, daß über langfristige Lieferverträge zwischen den Stromverbundunternehmen und den zukünftigen kommunalen Gesellschaften eine Abnahme gesichert ist. Außerdem fordern wir Zeit, damit sich jeder mit der endgültigen Ausformulierung des Vertrags Werkes vertraut machen kann, und zwar auf Grund der schwerwiegenden Weichenstellung, die damit erfolgt.

Einer Unterzeichnung in der vorliegenden Form bis zum 30.6. können wir nicht zustimmen, und wir bitten das Hohe Haus, Herrn Prof. Steinberg zu beauftragen, durch weitere Verhandlungen auch mit anderen Partnern eine Veränderung der Vertragsinhalte zu erreichen, wobei bezüglich des Verhandlungsauftrages von Prof. Dr. Steinberg tatsächlich noch zu bedenken ist, ob das noch nicht vorgelegte Statut der Treuhandgesellschaft ihn als Verhandlungsführer ermächtigen läßt. - Danke.

(Beifall bei SPD, PDS sowie Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke. Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Richter.

Bevor er am Rednerpult ist, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen, die gar nicht den Tagesordnungspunkt betrifft. Es passiert immer wieder, daß Fraktionsmitarbeiter oder Mitarbeiter von Abgeordneten hier in den Raum kommen. Das kann gelegentlich sein, wenn sie den Abgeordneten dieses oder jenes geben wollen. Was aber auf gar keinen Fall geht, ist, daß sie hier mit auf den Plätzen der Abgeordneten - egal auch, auf welcher Stelle, ob hinten oder vorn - sitzen, weil bei eventuellen Abstimmungen von keinem mehr zu übersehen ist, ob sie mitstimmen oder nicht mitstimmen.

Ich muß also dringend darum bitten, daß alle darauf achten - auch in ihrer Nachbarschaft, wenn es mal vergessen wird -, daß bitte die Mitarbeiter von Abgeordneten nicht auf den Abgeordnetenensitzen Platz nehmen. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Richter für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Freitag hat der Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, Herr Prof. Steinberg, hier ausgeführt, daß ich an der Ausarbeitung der zukünftigen Struktur der Energiewirtschaft in Vorbereitung der marktwirtschaftlichen Bedingungen beteiligt bin. Das ist richtig, aber begrenzt.

Als zeitweiliger Geschäftsführer des Gaskombinates und auf Einladung des Ministers habe ich für die Gaswirtschaft Lösungsvorschläge vorgelegt. Das war innerhalb von zwei Tagen, am Montag und Dienstag, geklärt, so daß ich ab Dienstag voriger Woche nicht mehr am Bogensee war. Auf den Gebieten der Elektroenergie und Kohle bin ich nicht informiert und habe nicht an der Entscheidungsfindung teilgenommen.

Die Vorbereitung zur Bildung von Kapitalgesellschaften aus dem bisherigen Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ sind abgeschlossen. Grundlage waren Marktanalysen für die kommenden Länder, die wir gemeinsam mit der Ruhrgas, Rhein-Braun und der Ruhrkohle-Aktiengesellschaften durchgeführt haben. Die Dokumente zur Vorbereitung der Aktiengesellschaft liegen der Treuhandgesellschaft zur Prüfung vor, und ich hoffe, daß sie am 29.6., also morgen, bestätigt werden.

Wir haben in Übereinstimmung mit dem Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit eine Entflechtung des Gaskombinates vorgesehen. Gebildet wird die Verbundnetz - Gas-Aktiengesellschaft. Die Aufgabe dieser Aktiengesellschaft ist besonders groß, da die Ablösung von Braunkohlenbrikett und anderen umweltbeeinflussenden Energieträgern vorrangig durch die Erhöhung des Erdgaseinsatzes von jetzt 8 Mrd. m³ auf 20 Mrd. m³ in der zweiten Hälfte der 90er Jahre vorgesehen ist. Diese Entwicklung wird unter Wettbewerbsbedingungen mit den Energieträgern Öl, Steinkohle und den verbleibenden Brikett mit geringerem Schwefelgehalt stattfinden. Zielgerichtet und stufenweise wird das Erdgas in den nächsten 8 bis 10 Jahren auch das aufwendige Stadtgas verdrängen, das unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur kostendeckend verkauft werden kann. Geplant haben wir - und das in Übereinstimmung mit dem Ministerium, und das ist auch meine feste Überzeugung -, unabhängige Gasversorgungsbetriebe in den regionalen Bereichen zu bilden. Sie sollten jedoch nicht jetzt gebildet werden, da das Gasnetz nicht trennbar ist, sondern nach dem nächsten Winter, ab April 1991. Das hätte zwei Vorteile. Erstens, die Versorgungssicherheit in den nächsten Monaten wäre gewährleistet. Zweitens ist bis dahin die Länderstruktur gewachsen.

Es ist vorgesehen, aus fünf weiteren Betrieben eine Brennstoffaktiengesellschaft „Schwarze Pumpe“ zu bilden, deren Ziel die Sicherung der Versorgungsaufgaben bei Stadtgas unter den Bedingungen des Erdgasvorrangs ist und die effektive Brikett- und Kokserzeugung bei gleichzeitiger Stilllegung überalterter und ineffektiver Anlagen sein muß. Deshalb wird die Brennstoff- aktiengesellschaft sich vor allen Dingen mit Fragen moderner Umwelttechnologien und neuer Technologien in der Brikettierung, Kohleveredlung und in den Umwelt-Reinigungsanlagen beschäftigen.

Das Braunkohlenwerk Espenhain wird an die Aktiengesellschaft der Bitterfelder Kohleindustrie angegliedert, und die Großgaserei Magdeburg wird als selbständiger Betrieb mit hoher kommunaler Verflechtung arbeiten. Die Verbundnetz-, Gas- und die Brennstoffaktiengesellschaften arbeiten mit der Ruhrgas-AG, der Rhein-Braun-AG und der Ruhrkohle-AG zusammen. Bisher haben wir drei gemeinsame Gesellschaften gebildet, die Erdgasversorgungs-GmbH zwischen Verbundnetz und Ruhrgas mit je 50 Prozent Beteiligung, die Wärmeversorgungs-GmbH Zwickau zwischen der STEAG und Zwickau im Verhältnis mit 74 : 26 und in Bildung ist die Lausitzer Umwelt-GmbH im Verhältnis 50:50 zwischen Ruhrkohle-AG und der Brennstoff-AG.

Durch diese Geschäftstätigkeit wird entsprechend dem hier verabschiedeten Treuhandgesetz vom 15.6. die Neustrukturierung, die teilweise Ablösung von Altanlagen und die schrittweise Reprivatisierung der Unternehmen wesentlich gefördert. Im Gassystem werden vorerst 0,5 Milliarden Mark installiert, in den anderen Bereichen sind 2 bis 3 Milliarden notwendig.